



MATTHIAS ERNERT / DPA

SAP-Zentrale in Walldorf: „Systematisch die Infrastruktur der Zukunft zerstört“

„Strafe für Erfolg“

SAP-Mitbegründer und Milliardär Hasso Plattner, 58, über die möglichen Begleiterscheinungen einer Vermögensteuer

SPIEGEL: Führende SPD-Politiker setzen sich dafür ein, eine Vermögensteuer einzuführen. Was halten Sie von diesen Plänen?

Plattner: Nichts. Damit kann man vielleicht Neidgefühle bei den Wählern kitzeln. Aber in Wahrheit disqualifizieren sich Politiker selber, wenn sie eine Verzehrsteuer auch auf rein theoretische Vermögenswerte fordern.

SPIEGEL: Warum?

Plattner: Aufstrebende Firmen, die noch keinen Gewinn machen, aber wegen ihrer Zukunftsaussichten an der Börse hoch bewertet werden, hätten dann keine Überlebenschance mehr. Woher sollten die Gründer das Geld nehmen, um die Steuer zu bezahlen? Zukunftssträchtige Firmen würden ganz schnell zu Übernahmekandidaten. Die Folge wäre, dass die US-Wirtschaft noch dominierender würde, als sie es ohnehin schon ist.



JENS SCHÜCKE

SAP-Chef Plattner: „Art von Enteignung“

SPIEGEL: Ist es nicht Schwarzmalerei, so gravierende Auswirkungen auf die Vermögensteuer zu schieben?

Plattner: Natürlich ist es nicht die Vermögensteuer allein. Aber ein Staat, der

die hohe Bewertung seiner Unternehmen besteuert, ist auf dem Holzweg. Das ist eine Strafe für erfolgreiche Unternehmer, die systematisch die wirtschaftliche Infrastruktur der Zukunft zerstört. Der ganze Bereich der Biotechnologie zum Beispiel wäre dann nicht mehr lebensfähig. Selbst ein Konzern wie Microsoft, der mehr wert ist als die neun größten Dax-Unternehmen zusammen, könnte in Deutschland trotz seiner hohen Gewinne nicht dauerhaft existieren.

SPIEGEL: Die Befürworter der Vermögensteuer behaupten, eine Abgabe von einem Prozent mache keinen arm. Sehen Sie das anders?

Plattner: Was ich bei einem Prozent Vermögensteuer zahlen müsste, lässt sich leicht ausrechnen. Momentan wird SAP an der Börse mit rund 28 Milliarden Euro bewertet. Da mein Aktienanteil von etwa 12 Prozent demnach 3,4 Milliarden wert wäre, würde ich

..... Einschränkung
..... der Eigenheim-
..... zulage

..... Einschränkung
..... der Gebäude-
..... abschreibung

..... Erweiterte Steuer-
..... pflicht für private
..... Veräußerungsgewinne

..... Aufhebung von Privilegien
..... bei Flugreisen im
..... internationalen Luftverkehr

mit jährlich 34 Millionen Euro Vermögensteuer veranschlagt.

SPIEGEL: Selbst diese hohe Summe würde Sie doch nicht arm machen.

Plattner: Aber dieses Vermögen habe ich doch gar nicht auf dem Konto, das steht ja nur auf dem Papier. Und das ist der entscheidende Konstruktionsfehler dieser Steuer. Alles, was ich mit meiner Arbeit bei SAP verdiene, alles, was ich als Aktionär an Dividende erhalte, reicht nicht aus, um diese Rechnung zu begleichen. Um die Steuer bezahlen zu können, müsste ich alles in allem jedes Jahr SAP-Aktien im Wert von rund 50 Millionen Euro verkaufen. Das ist so, als ob der Fiskus einem Bauern jedes Jahr zehn Quadratmeter von seinem Acker wegnimmt. Diese Art von Enteignung ist ja wohl ein Grund für eine Verfassungsklage.

SPIEGEL: Kritiker rechnen damit, dass es zu einer gewaltigen Kapitalflucht kommt, wenn die Vermögensteuer eingeführt wird. Wäre das auch für Sie denkbar?

Plattner: Kapitalflucht kommt für mich nicht in Frage. Wegen Geld gehe ich nirgendwo anders hin. Aber ich höre auf, das heißt: keine weiteren Investitionen, keine neuen Arbeitsplätze, keine weiteren Spenden mehr. Ich müsste mich von meinen SAP-Aktien trennen und würde mich ins Privatleben zurückziehen.

SPIEGEL: Ist es angesichts leerer öffentlicher Kassen nicht verständlich, dass die Superreichen einen größeren Beitrag zur Sanierung leisten sollen als Normalverdiener?

Plattner: Natürlich. Wenn ich Aktien verkaufe, soll der Fiskus zulangen und den Kapitalgewinn mit 25 Prozent besteuern. Das tut mir weh, aber ich kann es bezahlen. Meinetwegen könnte auch noch eine Steuer auf Luxusgüter eingeführt werden. In den USA zum Beispiel gibt es eine Property Tax, bei der Eigenheime mit einem geringen Prozentsatz vom Kaufpreis besteuert werden. Das ist ärgerlich für den Betroffenen, aber es bremst nicht die ganze Wirtschaft.

SPIEGEL: Die Steuer soll nach den jetzigen Plänen nicht überall in Deutschland, sondern womöglich nur in einigen Bundesländern erhoben werden.

Plattner: Das wird ein interessantes Experiment. Aber das Ergebnis kann ich Ihnen jetzt schon vorhersagen: In den Bundesländern, in denen es keine Vermögensteuer gibt, wird das Wirtschaftswachstum deutlich höher sein als im Rest der Republik.

INTERVIEW:
KLAUS-PETER KERBUSK

30 Milliarden Euro, oder anders gerechnet: über 700 000 Vollzeitstellen.

Der Staat entgehen nicht nur zig Milliarden an Steuern und Sozialabgaben (was die reguläre Arbeit wieder teurer macht – mit den bekannten Folgen). Die ehrlichen Handwerker sind in diesem Spiel die Dummen, sie haben gegen die schwarze Konkurrenz keine Chance und müssen ihrerseits Leistungen ohne Rechnung anbieten. So wandert ein immer größerer Teil der Ökonomie in die Grau- und Schwarzzone ab, die Sozialsysteme bluten aus.

Zu schwarz gemalt? Mitnichten. Wenn die Entwicklung so weitergeht, herrschen in einigen Branchen bald chaotische Verhältnisse.

Kein Plan der Regierung könnte dabei so dramatische Folgen haben wie der Versuch der SPD-Länder, die Vermögensteuer wieder einzuführen. Sie belastet nicht den Ertrag eines Unternehmens, sondern dessen Substanz. Das kann nicht gut gehen: Entweder wandern viele Mittelständler, die Eigentümer von Personengesellschaften, ab, oder sie bleiben und schütten mehr aus, damit sie die neue Steuer überhaupt bezahlen können.

Die absurde Folge: Die Wirtschaft wächst weniger, die Steuereinnahmen gehen zurück, wie Carl Christian von Weizsäcker, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln, in einem offenen Brief an den NRW-Landeschef Steinbrück präzise vorrechnet (siehe Grafik).

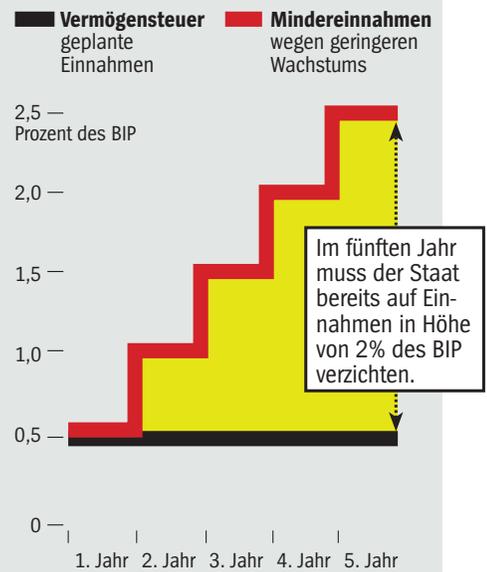
Die Unternehmer fühlen sich durch die rot-grüne Steuerpolitik über Gebühr belastet, viele drohen öffentlich, Deutschland zu verlassen, Großunternehmen wie Mittelständler. Einer Umfrage unter den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer zufolge denken rund 40 Prozent der befragten Mittelständler darüber nach, ins Ausland abzuwandern.

„Alles, was lohnintensiv ist, wird verlagert“, prophezeit Wolf Meyer, Vorstandschef des Hausgeräteherstellers Leifheit. Bereits die Hälfte seiner 2500 Mitarbeiter sind im Ausland beschäftigt, der größte Standort liegt in Tschechien und wird weiter ausgebaut.

Die Weizsäcker-Schere

Wie aus mehr Steuern weniger Einnahmen werden

C. Christian von Weizsäcker, Professor für Volkswirtschaft an der Universität Köln, hat überschlägig errechnet, dass die Einführung der Vermögensteuer das Wirtschaftswachstum um jährlich 1% verringert. Der Staat hat dadurch Mindereinnahmen von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Mit jedem Jahr öffnet sich die Wachstumsücke, während die Vermögensteuer ein konstanter Einnahmeposten bleibt. Daraus ergibt sich folgende Einnahmeschere:



Alle Kollegen, mit denen er sich unterhalte, hätten denselben Eindruck, beobachtet auch Rolf Kuhnke, Geschäftsführer des Elektronikherstellers Kuhnke in Malente: „Deutschland wird eingefroren, und investiert wird im Ausland.“ Die Offenbacher Lederfirma Goldpfeil hat bereits angekündigt, Deutschland den Rücken zuzukehren – nach 146 Jahren. Infineon-Chef

Finanzpolitik am Fließband

Beschlüsse des rot-grünen Kabinetts

„Steuererhöhungen sind in der jetzigen konjunkturellen Situation ökonomisch unsinnig, und deswegen ziehen wir sie auch nicht in Betracht. Im Gegenteil.“

Gerhard Schröder
am 26. Juli

RAINER WEISFLOG



..... Höhere Pauschalierung für private Pkw-Nutzung

..... Höhere Energiesteuersätze für Industrie, Land- und Forstwirtschaft

..... Steuererhöhung für Erdgas